

Eiertanz der CDU-Fraktion wegen einer Resolution im Stadtrat:

Püttlingen lehnt Wassercent ab!

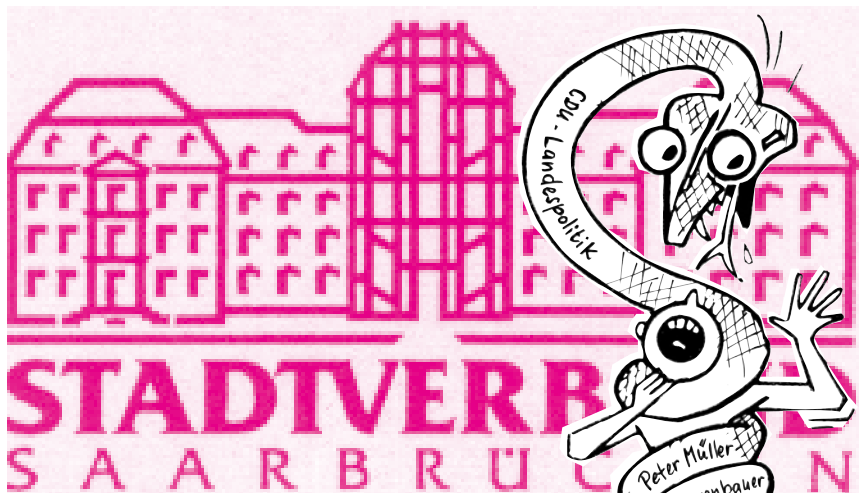
Die DKP-Fraktion hatte für die letzte Ratssitzung eine Resolution vorgelegt, die sich gegen die Erhebung eines „Grundwasserentnahmeentgeltes“ ausspricht. In dieser Willenserklärung hieß es, dass der Stadtrat von Püttlingen keine Notwendigkeit erkennt, seine Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten. Deshalb spreche er sich gegen die Einführung des Wassercent aus und verlange von der Landesregierung, auf die vorgesehenen Pläne zu verzichten.

In der Sache selbst gab es keine gegenteilige Meinungen. Alle Ratsfraktionen lehnten die Einführung des so genannten Wassercent ab. Dennoch wollte die CDU auf Einwände nicht verzichten. Ihr passte der vorgelegte Entwurf nicht, also schlug sie einen eigenen Text vor.

Der DKP-Sprecher war sehr verwundert darüber, dass es die CDU nicht fertig brachte, einem Vorschlag der DKP zuzustimmen, obwohl die wichtigsten Punkte darin enthalten waren. Offensichtlich hält sich die Union für so unfehlbar, dass sie selbst einen peinlichen Eiertanz in Kauf nimmt, um ihre Formulierungen durchzusetzen.

Schließlich war es der DKP-Fraktion zu verdanken, dass es am Ende doch noch zu einer einstimmigen Annahme der Resolution kam: Franz Hertel erklärte sich namens seiner Fraktion bereit, den eigenen Entwurf zurückzuziehen und für den von der CDU favorisierten Text zu stimmen, damit eine einmütige Willenserklärung des Rates zustande kommt. Ein altbekannter Spruch besagt doch: Der Klügere gibt nach.

Stadtverband wurde rücksichtslos erwürgt



Der Stadtverband Saarbrücken existiert nicht mehr, abgewürgt von der Landesregierung. Seit dem 1. Januar ist ein Regionalverband an seine Stelle getreten. Diese Veränderungen waren als die „größte Reform“ seit drei Jahrzehnten angekündigt worden. Doch der Berg hat gekreißt und heraus gekommen ist nur ein Mäuslein. Mit vielen Nachteilen für die Kommunen und ihre Bürger. Kein Stadt- oder Gemeinderat war gefragt worden. Die Regierung setzte sich über alles hinweg. Mehr dazu auf Seite 2.



Wenn Bäume dem Abbau von Kies und Sand Platz machen müssen, gibt es schon mal Unverständnis bei einigen Bürgern. Dennoch stimmte die DKP für die Erweiterung der Sandgrube Schmeer auf dem Dickenberg. Mehr dazu bitte auf Seite 8 nachlesen.

Breite Proteste gegen neue Abzockerei

Zu Recht gibt es gegen den Wassercent wachsenden Protest. So haben die Verbände der Gas- & Wasserwirtschaft (VGW) im Saarland die Landesregierung aufgefordert, „von der geplanten Einführung von Grundwasser-Entnahme-Entgelten abzusehen“; es bestehe überhaupt kein Grund, kommunalen Wasserversorgern und Unternehmen zusätzliche Kosten aufzubürden.

Experten verweisen darauf, dass im Saarland „Wasser in ausreichender Menge und Qualität vorhanden“ ist. Zudem sei bei den Verbrauchern ein sparsamer Umgang mit Trinkwasser zu verzeichnen.

Zahlreiche Kommunen, so auch Heusweiler und Lebach, erinnern daran, dass durch die Einführung des Wassercent die Verbraucher ohne Not belastet würden und ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand notwendig wäre.

Die Erhebung des so genannten „Wassercent“ soll angeblich als „ökonomisches Lenkungelement der Umweltpolitik“ genutzt werden. Dieser Zweck wird jedoch verfehlt, weil die Mittel in den allgemeinen Landeshaushalt einfließen sollen und damit nur ein weiterer fragwürdiger Versuch ist, die Finanzlöcher des Landes zu stopfen. Dem galt und gilt es zu widersprechen!

Hohe Unkosten werden durch Umbenennung verursacht:

Murks beim neuen Regionalverband

Erinnern Sie sich? Noch vor der letzten Wahl des neuen Verbandspräsidenten lobte die CDU den Stadtverband Saarbrücken als „ein Modell für Deutschland“. Dafür gibt es Beispiele: „Aachen macht es bald. Auch Kassel zeigt Interesse. Und Hannover hat sich für ein ähnliches Modell den Stadtverband Saarbrücken als Vorbild genommen“ (SZ vom 7.7.07). Wie gesagt, die Lobhudelei war vor der besagten Wahl. Als dann der CDU-Kandidat schmachvoll scheiterte und Michael Burkert erneut ins Amt gewählt wurde, machte Ministerpräsident Peter Müller eine krasse Kehrtwende und behauptete plötzlich, der Stadtverband habe „keine Zukunft mehr“. Von da an unternahm die Landesregierung alles, um dem Stadtverband Saarbrücken das Lebenslicht auszublasen.

Weil man den neu gewählten Stadtverbandspräsidenten nicht einfach absetzen konnte, wurde Michael Burkert auf den lukrativen Posten eines Toto-Direktors hochgelobt. Damit wurde auch der Weg frei zur Liquidation des Verbandes.

Es war dann Annegret Kramp-Karrenbauer, die sich als Innenministerin daran machte, die im Herbst 2004 angeregte Funktionalreform umzusetzen und dabei auch zielstrebig den Stadtverband umzukrempeln.

Während in dem so genannten Hesse-Gutachten von einer „Dezentralisierung staatlicher Aufgaben und Verlagerungen nach unten“ die Rede war, ist jetzt das Gegenteil der Fall. Wichtige Aufgaben der Kreise werden auf das Land verlagert. So die untere Kommunalaufsicht, die Ordnungswidrigkeitenämter, die unteren Lebensmittel-Überwachungsbehörden, die untere Wasser- und die Veterinärbehörden. Auf Landesebene werden bislang kommunale Aufgaben zusammengefasst, Bürgernähe geht damit verloren. Abgesehen davon, dass sich das Land bei der Funktionalreform immer mehr Aufgaben „unter den Nagel reißt“ und damit

der weiteren Zentralisierung auf Kosten kommunaler Selbstverwaltung Vorschub leistet.

In dem Hesse-Gutachten war seinerzeit ausgerechnet worden, dass „mittelfristig 73 Millionen Euro jährlich“ eingespart werden könnten. Davon ist längst keine Rede mehr. Bislang schweigt sich die Regierung über die Finanzwirksamkeit ihrer Maßnahmen weitgehend aus. Das hängt wohl auch damit zusammen, dass sich die nun umgesetzte Reform immer mehr als ein Flopp erweist. Das gilt auf alle Fälle für den Stadtverband.

Obwohl Fachleute in einem Gutachten die Umwandlung des Stadtverbandes Saarbrücken in einen Regionalverband als „verfassungswidrig“ bezeichneten und die Proteste gegen die Pläne des Landes nie aufgehört haben, setzte sich die Regierung über alle Einsprüche und Bedenken hinweg. Seit dem 1. Januar hat der „Regionalverband Saarbrücken“ die Rechtsnachfolge des Stadtverbandes angetreten.

Teures Geld, wenig Effekt

Auch der neue Regionalverband soll bei der nächsten Kommunalwahl direkt gewählt werden. Ebenso dessen Verbandsdirektor. In dieser Frage ging die Regierung von ihrer früheren Konzeption ab, wonach an der Spitze des Regionalverbandes nur ein von den Verbandsgremien ernannter Geschäftsführer stehen sollte. Die CDU musste „kleinere Brötchen“ backen. Was einst als die „größte Reform seit drei Jahrzehnten“ gepriesen wurde, hat sich als armseliges Reförmchen entpuppt. Aber eins, welches die Bevölkerung des Regionalverbandes viel Geld kostet.

Die Umbenennung auf den Briefköpfen, Ortsschildern und Dienstausschweisen wird über 600.000 Euro verursa-



chen. Ganz abgesehen von den Aufwendungen, welche der für die Übergangszeit ausgesuchte Regionalverbandsdirektor Ulf Huppert verursacht. Dabei war die gewählte Beigeordnete Frau Nikodemus bereit gewesen, dieses Amt vertretungsweise zu übernehmen, ohne zusätzliche Kosten.

Es gibt keinen Grund, die inzwischen von Innenminister Meiser fortgeführte „Reform“ zu bejubeln. Mehr Rechte für den Stadtverband und die Einführung eines Kooperationsrates, der sich aus Bürgermeistern und Ratsmitgliedern der zehn dem Verband angehörenden Städte und Gemeinden zusammensetzt, wäre auch möglich gewesen, ohne gewachsene Strukturen anzutasten.

Noch sind viele Fragen offen. Vor allem die Ratsmitglieder der betroffenen Kommunen wurden bislang nicht über Einzelheiten informiert, sie waren von dem Veränderungsprozess praktisch ausgeschlossen, ihre Meinung nicht gefragt. Auch das ist zutiefst undemokratisch. Inzwischen hat die DKP-Fraktion den Bürgermeister aufgefordert, in den Gremien des Stadtrates die neue Situation zu erklären. Dabei ist auch zu beantworten, wie es in verschiedenen Bereichen (z.B. Volkshochschule, Sozialamt, Verbandsumlage) weitergeht.

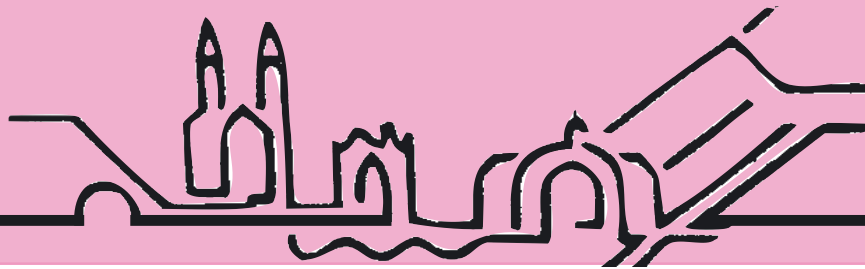
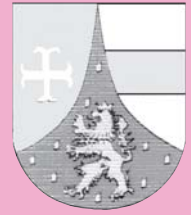
Huppert hat nichts begriffen

Der provisorische Direktor des neuen Regionalverbandes stößt auf Widerspruch, Ulf Huppert plädierte nämlich beim Neujahrsempfang im Saarbrücker Schloss für die Schließung von Hallenbädern aus Kostengründen. Der Heusweiler Bürgermeister meinte dazu, der FDP-Mann überschreite damit seine Kompetenzen und greife in die kommunale Selbstverwaltung ein. So ist es! Nicht der weitere Abbau sozialer Einrichtungen, sondern ihre Erhaltung und Modernisierung steht auf der Tagesordnung, wenn wachsender Jugendkriminalität begegnet werden soll.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

40 Jahre Stadt Püttlingen



DKP kann auf vier Jahrzehnte Kommunalpolitik zurückblicken

Das „Püttlinger Jubeljahr“ (SZ 23.1.08) wird für Bürger und Gäste eine Fülle von Veranstaltungen bringen. Damit werden unzählige Gelegenheiten zum Feiern geboten, was durchaus akzeptabel ist, denn das Leben soll ja Spass machen. Schon jetzt kann man im Kalender ankreuzen, dass die Stadt Püttlingen ihr vierzigjähriges Bestehen am 25. Mai mit einem Festakt einleitet und am 28. September mit einem großen Festumzug beschließt. Dazwischen liegen viele weitere Termine, auch von Vereinen, die in diesem Jahr ebenfalls Geburtstag feiern (z.B. 100 Jahre FV 08, 100 Jahre DRK, 40 Jahre Musikschule). Sie alle legen mit Zeugnis dafür ab, dass unsere Stadt ein lebendiger Organismus ist, der seine Kraft aus vielen Quellen schöpft.

Niemand wird in Zweifel ziehen, dass sich unsere Kommune seit der Verleihung der Stadtrechte im Mai 1968 nachhaltig verändert hat. Das Püttlinger Gesicht ist in vielen Bereichen ansehnlicher und interessanter geworden. Zahlreiche Baulichkeiten und Einrichtungen

bereichern das Leben der Menschen, machen unsere Stadt lebenswürdiger.

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass in den vergangenen Jahrzehnten viele Probleme geblieben oder gar noch dringlicher geworden sind. Man denke nur an die anhaltende Finanzmisere der städtischen Kasse und an die Folgen der Arbeitslosigkeit, von der beachtliche Teile der Menschen in unserer Stadt betroffen sind.

Wenn anlässlich des Stadtjubiläums bilanziert wird, dann müssen Stärken und Schwächen gleichermaßen gewürdigt werden. Da reicht es nicht, den „Püttlinger Weg“ zu beschwören (wie das Bürgermeister Speicher beim Neujahrsempfang gemacht hat) und „optimistisch in die Zukunft zu blicken“. Auch die negativen Punkte müssen schonungslos aufgegriffen, ihre Ursachen und Hintergründe beleuchtet und Alternativen entwickelt werden. Doch gerade daran hapert es noch.

Vierzig Jahre Stadt Püttlingen, das ist eine Zeitspanne, in der auch Kommunisten beachtlichen Einfluß auf das kommunale Geschehen genommen und eine nicht geringe Rolle in der Stadt gespielt haben.

Es ist schon bemerkenswert, dass Kommunisten fast von Anfang an zum politischen Leben der 1968 neu entstandenen Stadt gehören und sich im Laufe von fast 35 Jahren mit ihrem direktem

Engagement im Rathaus einen Namen gemacht haben.

Viele wissen inzwischen, dass sich die DKP von allen anderen Parteien deutlich unterscheidet. Ihr Blick ist keineswegs nur auf Kirchturmspolitik begrenzt. Es ist eine Eigenart der Kommunisten, immer über den Tellerand hinaus zu schauen, denn vieles was in der Kommune passiert, wird von aussen wirkenden Rahmbedingungen diktiert. Deswegen muss bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen auch das Wirken der „großen Politik“ eine besondere Beachtung finden.

DKP in Püttlingen, das bedeutet kritische, aber zugleich konstruktive Politik im Stadtparlament, das bedeutet Aktionen für Bürgerinteressen und viele gesellschaftliche Aktivitäten mit eigenen kulturellen, sportlichen und politischen Veranstaltungen.

Für die Stadt gibt es dieses Jahr gute Gründe, ihr Jubiläum zu feiern. Die DKP hat ebenfalls Anlass, mitzufeiern und sich auch künftig als wichtige politische Kraft zu bewähren.

Kein Armutsbericht möglich:

Verwaltung muss passen

Der Stadt ist es nicht möglich, den gewünschten „Armutsbericht“ zu erstellen. Für diesen Bericht müsste die Stadt auf Daten zugreifen, auf die sie keinen Zugriff hat bzw. die nicht explizit für das Gebiet der Stadt Püttlingen vorliegen. So heißt es in der Antwort des Bürgermeisters auf die Bitte der DKP-Fraktion, einen Armutsbericht zu erstellen. Das ist bedauerlich, denn nur konkrete Angaben erlauben auch sachgerechte Konzepte für die Bekämpfung von Armut, die auch in unserer Stadt im Wachstum begriffen ist.

Schätzungen des Kinderschutzbundes gehen von etwa 400 jungen Menschen in Püttlingen aus, die als arm zu betrachten sind. Dass derzeit Vorbereitungen für eine geplante „Püttlinger Tafel“ laufen, ist ein weiteres Indiz für die Notwendigkeit, sich stärker mit dieser Problematik zu beschäftigen. Das Thema Armut ist also nicht vom Tisch. Deshalb wird die DKP neue Überlegungen anstellen, was in dieser Sache unternommen werden kann.



Regelmäßig alle zwei Monate ein Infostand vor dem Rathaus, mit Verteilung der Stadtzeitung „pro + kontra“. Auch das ist DKP in Püttlingen.

DKP-Landesparteitag legte die Marschrichtung fest

Interview mit dem neu gewählten Bezirksvorsitzenden Thomas Hagenhofer

Für die Ablösung der CDU-Landesregierung und einen Politikwechsel an der Saar sprach sich die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP aus, die am 9. Dezember in Sulzbach stattfand. Die Delegierten sehen in der Gründung der Partei „Die Linke“ im Saarland einen hoffnungsvollen Ansatz für ein stärkeres Gewicht linker Politik in unserem Land. Die DKP bekräftigte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele, wie die Ablösung der Müller-Regierung und einen Politikwechsel. Dieser Landesparteitag der saarländischen Kommunisten bekräftigte die Forderung nach einer neuen Energiepolitik an der Saar, in welcher der Ausbau erneuerbarer Energieträger sowie dezentrale Versorgung, Energieeinsparung und Kraft-Wärme-Kopplung verbunden werden mit einem umweltverträglichen modernen Steinkohleabbau ohne unerträgliche Erdbeben.



Als Nachfolger von Artur Moses, der über 21 Jahre Vorsitzender der DKP im Saarland war, wählte die Delegiertenkonferenz einmütig den 44-jährigen Informationswissenschaftler Thomas Hagenhofer (Foto) aus Saarbrücken zum neuen Bezirksvorsitzenden. Wir bringen nachfolgend ein Interview mit ihm zu aktuellen Fragen der Politik.

pro+kontra: Du bist kürzlich zum neuen Bezirksvorsitzenden der DKP gewählt worden. Welche nächsten Aufgaben siehst du für die Kommunistinnen und Kommunisten in unserer Region?

Th. Hagenhofer: Die DKP will gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften einen Politikwechsel im Saarland einleiten. Dies bedeutet erstens, dass die Müller-Regierung an der Saar abgelöst werden muss:

Die CDU-Regierung hat Strukturwandel versprochen und Armut, Billiglöhne, Leiharbeit und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse gebracht. Sie hat mehr Bildung versprochen und mehr soziale Ausgrenzung durch das achtjährige Gymnasium und durch Studiengebühren erzeugt. Müller muss weg – und zwar schnell.

Zweitens zeigen alle Erfahrungen, dass sich allein durch die Abwahl einer Regierung die Politik nicht ändert. Die von unsozialer Politik betroffenen Menschen, linke Parteien und soziale Bewegungen müssen gemeinsam für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses sorgen. Das Beispiel des verhinderten Mega-Kraftwerks in Enseldorf hat gezeigt: Widerstand auch gegen Energiekonzerne kann Erfolg haben. Wir brauchen mehr solche Beispiele im Saarland – die DKP will dabei mithelfen.

pro+kontra: Die DKP bereitet ihren Parteitag vor, der in den nächsten Tagen in der hessischen Stadt Mör-

felden stattfindet. Welche Bedeutung hat dieser Kongress?

Th. Hagenhofer: Der Parteitag wird die Arbeitsvorhaben der Gesamtpartei für die nächsten Jahre bestimmen. Wir stellen angesichts der ständigen Zunahme der sozialen Ungleichheit in unserem Land fest, dass sich mehr Menschen für Alternativen jenseits des Kapitalismus interessieren.

Die DKP hat mit ihrem neuen Parteiprogramm ein grundsätzliches Angebot für diese Menschen entwickelt (siehe www.dkp-online.de), dies wollen wir anhand der aktuellen Herausforderungen konkretisieren und in der Öffentlichkeit bekannter machen.

pro+kontra: Welche Probleme und Chancen ergeben sich für die DKP durch das Anwachsen der Partei „Die Linke“? Wird die DKP dadurch überflüssig?

Th. Hagenhofer: Viele fortschrittliche Menschen setzen ihre Hoffnung auf die neue Partei „Die Linke“. Auch wir sehen in dieser Formation einen Fortschritt, weil linke Positionen in der politischen Landschaft stärker wahrgenommen werden, weil es eine Kraft in den Parlamenten gibt, die „Nein“

sagt zu Krieg und Sozialabbau. Gleichzeitig haben wir große Zweifel, ob eine extrem ausgeprägte Orientierung auf die Parlamentsarbeit wirkliche Veränderungen erbringen kann:

Ohne die gleichzeitige Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen, ohne ein Zusammenführen, ein Vernetzen der Kämpfe um Frieden und Arbeit, gegen Umweltzerstörung und Demokratieabbau, für Bildung für alle und gegen Neofaschismus wird jede linke Kraft im Parlament zum Papiertiger degradiert. Die Macht der Veränderung liegt in der Kraft der Menschen, die sich wehren.

Wir streben eine solidarische Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ für die vielen gemeinsamen Ziele an. Gleichzeitig stellen wir fest, dass auch diese Partei Druck von links braucht, wenn sie linke Positionen wie in der Familienpolitik aufgibt oder als „kleineres Übel“ in Regierungen eintritt.

pro+kontra: Im Herbst kann die DKP auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken. Wie wird sich die Partei im Saarland damit auseinandersetzen?

Th. Hagenhofer: Die DKP hat in diesen 40 Jahren immer an der Seite der Menschen in diesem Land gestanden, die für ihre Rechte kämpfen. Sicher haben wir in den letzten Jahrzehnten mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten an Kraft verloren, müssen wir



Thomas Hagenhofer (li.) hat sich neben der „allgemeinen“ Politik vor allem dem politischen Gesang verschrieben. So ist es kein Wunder, dass er zu den Akteuren der Saarbrücker Gruppe „Liedstöckl“ gehört, die von Peter Balnis (r.) geleitet wird. Beide Sänger waren auch schon in Püttlingen zu Gast (Foto), wo sie sich für Solidarität mit Kuba engagierten.

weiter um unsere Existenz kämpfen. Aber unser Motto: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“ bleibt angesichts der immer unverschämter vorgetragenen Angriffe des Kapitals aktuell.

Wenn ein Weltkonzern wie Nokia ein Werk aus reiner Profitgier schließt, das zuvor mit Steuergeldern aufgebaut wurde, dann zeigt dies deutlich: Nicht der Marxismus ist am Ende sondern eine Politik, die das Kapital schalten und walten lässt, wie es will. Wir sagen: Die DKP ist die Heimat des Marxismus in Deutschland, der Wissenschaft zur Überwindung des Kapitalismus: deshalb sind wir zukunftsfähig.

pro+kontra: Welche Bezüge gibt es in diesem Zusammenhang zu Püttlingen, wo die DKP nun auf 40jährige Kommunalpolitik verweisen kann?

Th.Hagenhofer: Die Politik der Püttlinger Kommunistinnen und Kommunisten hat in den letzten 40 Jahren gezeigt, dass die DKP überzeugende kommunale Parlamentsarbeit für die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger leisten kann. Daher danken wir all denen, die sich hierfür eingesetzt haben und weiter einsetzen. Parteigruppe und Stadtratsfraktion der DKP Püttlingen werden sich in den kommenden Monaten neue Perspektiven für ihr Wirken unter den veränderten Rahmenbedingungen erarbeiten und zukünftige Ziele abstecken müssen.

pro+kontra: Was sagst du zu der neuen Kampagne der CDU, kriminelle Jugendliche in „Erziehungslager“ zu stecken? Kann man so Probleme lösen?

Th.Hagenhofer: Diese Kampagne ist ein Ablenkungsmanöver vor dem Versagen der eigenen Politik. Nachdem der Aufschwung nicht bei den Menschen ankommt, weil die Profite immer weiter in den Himmel wachsen, versucht die CDU nun mit einer ausländerfeindlichen Schlammschlacht zu punkten. Der CDU geht es langfristig darum, mit Terrorängsten, mit Kriminalitätshysterie die politische Landschaft hin zu autoritäreren Strukturen zu verändern.

Vorratsdatenspeicherung, Einsatz der Bundeswehr im Inneren, Erziehungscamps – all dies passt zu einem Konzept, mit dem eine volksfeindliche Regierung die Interessen der reichen Minderheit absichern will. Es ist höchste Zeit, sich gegen diese Angriffe auf die demokratischen Rechte zu wehren.



Ein neues Drehleiterfahrzeug der Bauart DLA (K) 23/12, das seinen Rettungskorb bis auf 30 Meter Höhe ausfahren kann, steht der Feuerwehr Püttlingen seit dem 23. Januar unerwartet schnell zur Verfügung. Bevor das Fahrzeug demnächst offiziell in Dienst gestellt wird, machen sich die Wehrleute derzeit mit der neuen Technik vertraut. Das bisherige Fahrzeug war seinerzeit gebraucht angeschafft worden und soll, weil es nicht mehr einsatzfähig ist und sich eine Reparatur nicht mehr lohnt, ausgemustert werden. Diesen Beschluss hat der Stadtrat mit Zustimmung der DKP in seiner letzten Sitzung gefasst.

Anlieger ärgern sich über ihrer Meinung nach schikanöses Verhalten:

Fragwürdigkeiten im Streit mit der Stadt

Familie E. in der oberen Weiherbergstraße hat ein ihnen früher gehörendes Grundstück von der Stadt zurückgekauft und das neben den Garagen gelegene Areal eingezäunt. Um den dortigen Anwandweg zu sichern, wurde von der Stadt die Zurücksetzung des Zaunes verlangt. Diese Auflage ist mit einiger Verzögerung erfüllt worden, wobei durch offensichtlich falsches Einmessen die geforderte Breite nicht ganz erreicht wurde.

Aufgrund eines Gerichtsentscheides war die Familie verpflichtet, den Durchgang freizuhalten, deswegen wurde inzwischen der Zaun erneut versetzt und erreicht nun die Breite von drei Metern. Diese von der Verwaltung geforderte Breite wird in einem städtischen Schreiben mit Hinweis auf den notariellen Kaufvertrag ausdrücklich erwähnt. Aber weder in der notariellen Urkunde noch in der Grundbucheintragung ist die von der Stadt benutzte Formulierung „einer 3 m breiten Wegetrasse“ enthalten.

Die Stadt beruft sich also auf konkrete Meter-Angaben, die so im Vertrag nicht enthalten sind. Das ist, gelinde gesagt, eine Anmaßung. Wird da mit unzulässigen Tricks gearbeitet?

Obschon im Grundbuch nur die „beschränkte persönliche Dienstbarkeit (Wegerecht) für die Stadt Püttlingen...“ eingetragen ist, besteht die Stadt auf einem 3 Meter breiten Streifen, der notwendig sei, um den Anwandweg zu befahren. Wenn das zutreffend ist, müsste es aber für alle Anlieger gelten. Dort wurde bislang nichts unternommen, obwohl weniger Platz zur Verfügung steht. Wen wundert es da, wenn die Familie E. das Vorgehen gegen sie als Versuch wertet, ausgerechnet bei ihr ein Exempel zu statuieren.

Hinzu kommt, wie viele Anlieger bestätigen, dass der fragliche Weg schon seit vielen Jahren überhaupt nicht mehr von landwirtschaftlichen Fahrzeugen genutzt wird. Eigentlich gibt es keinen Anlass, so nachhaltig auf die Sicherung des Weges zu drängen.

Die DKP-Fraktion hat nun in einer Schreiben an die Verwaltung gefragt: Was sind die wirklichen Gründe für dieses Verhalten der Stadt? Und wieso wird die Bemerkung kolportiert: „Gebt doch die Wasserlieferung an Frau H. frei, dann kann die Sache aus der Welt geschafft werden“? Soll hier etwa wegen privaten Zwistigkeiten ein gewisser Ärger abregiert werden?

Gestern SKF in Etzenhofen, heute Nokia in Bochum, morgen...

Heuschrecken vernichten Arbeitsplätze

Vor vier Jahren wurde das SKF-Werk in unserer Stadt kaputt gemacht, obwohl Aufträge da waren und große Gewinne gemacht wurden. Doch den Heuschrecken in der Konzernzentrale war das nicht genug. Aus gleichen Gründen sind auch andere Betriebe dem Erdboden gleichgemacht worden. Jetzt soll Nokia an der Reihe sein. Auch hier kriegen die Bosse die Nase nicht voll.

Durch die Schließung von Nokia werden im Bochumer Betrieb und bei den Zulieferern über 4.000 Arbeitsplätze bedroht. Kein Wunder, dass kürzlich etwa 20.000 Demonstranten ihrer Wut und Empörung Ausdruck gaben.

Der Handy-Hersteller hat im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn von 7,2 Milliarden Euro erzielt und den Marktanteil auf 40 Prozent ausgebaut. Wenn man bedenkt, dass der Nettogewinn des Konzerns um 67 Prozent stieg, kann man in etwa ermessen, wie rentabel das Geschäft ist. Immerhin stieg der Profit auf 22 Prozent. Doch das reicht den Aktionären nicht. Die wollten noch mehr scheffeln und deshalb den Betrieb nach Rumänien verlagern.

Kassieren und verschwinden

Ende 2007 berichtete die Bundesagentur für Außenwirtschaft in Köln über ‚Investitionen von Nokia in ein neues Handy-Werk‘ bei Cluj. Dort sollen für ein „Nokia Village“ 33 Millionen an EU-Subventionen in die Taschen des Multi-Konzerns geflossen sein. In Deutschland kassierten sie von Bund und Land Nordrhein-Westfalen 88 Millionen an Fördergeldern.

Diese Subventionsbetrüger kennen

keine Scham. Erst werden Steuergelder und Wahnsinnsprofite kassiert, dann verschwinden sie, um an anderer Stelle noch mehr herauszuholen. Ihre Gier ist unersättlich, Arbeitsplätze spielen keine Rolle, kaltblütig wird die Zukunft von Tausenden von Menschen einer ganzen Region zerstört. Doch diese Handlungsweise der Konzerne ist nicht ungewöhnlich, sie ist Ausdruck des normalen Kapitalismus.

In dieser Gesellschaft, steht nicht der Mensch mit seinen Bedürfnissen, Hoffnungen und Träumen im Mittelpunkt, sondern einzig und allein der Profit für eine Handvoll Reicher und Superreicher. Sie entscheiden, unkontrolliert von der Mehrheit der Bevölkerung, wo auf dieser Welt Menschen eine Arbeit haben, oder wo ganze Regionen sterben, wo Lebensperspektiven zerstört werden und Menschen in Armut versinken.

Brutalität des neoliberalen Kapitalismus hat aktuell einen Namen: Nokia in Bochum! Notwendig ist, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums einzufordern. Es geht um die Überführung der Konzernbetriebe in gesellschaftliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und Vertretungen der Bevölkerung.

Volksverhetzer Koch hat eine auf die Schnauze bekommen

Mit Hetze gegen Migranten wollte der hessische Ministerpräsident Roland Koch die drohende Niederlage bei der Landtagswahl am 27. Januar abwenden. Er schreckte nicht davor zurück, härtere Gefängnisstrafen für Jugendliche, Knast für Kinder und „schnellere Abschiebung von Ausländern“ zu fordern.

Koch wurde vom saarländischen CDU-Ministerpräsidenten Peter Müller unterstützt, der künftig „härter gegen junge Straftäter vorgehen“ will. Justizminister Hecken sprach sich sogar dafür aus, straffällig gewordene Jugendliche in Strafcamps einzuweisen“ (SZ 3.1.08).

Kanzlerin Merkel billigte die Hetzkampagne Kochs ebenfalls: „Es kann doch nicht sein, dass eine Minderheit von Menschen in unserem Land einer Mehrheit von Menschen Angst macht.“ Eigenartig ist nur, dass Frau Merkel nicht die gewalttätige Nazi-Minderheit meinte, die mit Terror Stadtteile zu „national befreiten Zonen“ und „No-Go-Areas“ für Ausländer macht. Ihre Regierung hat auch keinerlei Hemmungen, Kapitalinteressen an jedem Ort der Welt mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Jetzt hat Koch eine „auf die Schnauze“ bekommen. Seine CDU verlor bei der Wahl in Hessen über 12 Prozent. Die Linke ist mit 5,1 Prozent in den hessischen Landtag eingezogen, in Niedersachsen sogar mit 7,1 Prozent. Das ist ein Schlag gegen alle, die mit Koch kollaboriert haben. Und das ist gut so.



Wie sich die Bilder gleichen. Links: Dezember 2003, Demonstration in Schweinfurt gegen SKF-Schließung in Etzenhofen. Rechts: Januar 2008, Demonstration gegen Schließung des Nokia-Werkes in Bochum.



Am Ende der verlängerten Köllnerstraße befindet sich der Zugang zur Römerstraße in Püttlingen. Dort wurde am 27. November ein römischer Pavillon (Foto) offiziell eingeweiht. Diese von der ESH ausgeführte Schutzhütte befindet sich an einem historischen Wanderweg und wurde durch die EU finanziell gefördert, um arbeitslose Jugendliche zu beschäftigen. Zwar wird die Arbeitslosigkeit damit nicht aus der Welt geschafft, aber die Erwerbslosen-Selbsthilfe leistet damit einen Beitrag zur Weiterbildung dieser jungen Leute.

Wer eine soziale Einrichtung betreibt, muss mit sozialen Preisen überzeugen:

DKP lehnte Erhöhung der Badegebühren ab

Das Sport- und Freizeitzentrum Trimmtreff ist eine dem Gemeinwohl dienende Einrichtung und hat die Aufgabe, die Erholung, die sportliche sowie gesundheitliche Betätigung der Allgemeinheit zu ermöglichen und zu fördern. Auf diese Zweckbestimmung verwies Ratsmitglied Hans Schwindling, bevor er sich zur geplanten Anhebung der Badegebühren äußerte.



Erst zum 1. Juli 2007 seien die Badeentgelte und sonstigen Benutzungsgebühren erhöht worden. Deshalb sei es nicht nachvollziehbar, dass jetzt die Badebesucher erneut geschröpft werden sollen. Hans Schwindling bezeichnete die in zwei Schritten (jeweils zum 1. Juli 2008 bzw. 2009) vorgeschlagene Verteuerung, die sich zwischen 11 bis 15 Prozent bewegt, als unzeitgemäß:

„Wieder einmal sind es Familien, Kinder, Jugendliche und örtliche Vereine, die

tiefer in die Tasche greifen sollen. Dem widersprechen wir, denn Schwimmen in öffentlichen Bädern muss auch künftig noch für Kleinverdiener erschwinglich bleiben“.

In einer Zeit, wo selbst die Presse zugeben muss, dass der „Aufschwung nicht auf Löhne und Gehälter durchschlägt“ und die Verbraucher durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch die Preissteigerungen bei Strom, Gas, Abwasser, Heizöl, Benzin und Lebensmitteln schon über Gebühr strapaziert werden, solle, so der DKP-Sprecher, auf die Erhöhung der Badegebühren verzichtet werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe auf dem Parteitag der CDU die Familienpolitik als Schwerpunkt der nächsten Zeit genannt. Auch in Püttlingen werde man nicht müde, sich als Familienpartei aufzuspielen. Dazu stehe die Gebührenerhöhung aber in Widerspruch. Leider stimmten nur DKP und SPD gegen die neuerliche Belastung der Badbesucher.

Kurz und knapp

Nein zum Haushaltsplan 2008

Nachdem wir erst in der letzten Ausgabe (Nov./Dez. 2007) erläutert haben, warum die DKP den Nachtragshaushalt 2007 abgelehnt hat, wollen wir über den am 13. Dezember beschlossenen Etat für 2008 nur kurz berichten, weil viele der damals genannten Argumente auch heute noch gültig sind. Nur drei Punkte sollen besonders erwähnt werden:

Erstens. Es ist erfreulich, dass sich das jahresbezogene Defizit für 2008 auf „nur“ noch 2,04 Millionen beläuft und damit 408.000 Euro niedriger ist als in 2007. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass wir am Ende des neuen Haushaltsjahres ein Gesamtdefizit von 31,5 Millionen Euro vor uns herschieben, welches sich bis Ende des Finanzplanungszeitraumes voraussichtlich auf etwa 37 Millionen erhöht.

Zweitens. Die Schulden der Stadt werden sich im neuen Jahr auf rund 6 Millionen Euro reduzieren und dadurch die Zinsen auf rd. 295.000 Euro sinken. Das ist positiv zu bewerten. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die Zinsen für Kassenkredite von 980.000 in diesem Jahr auf 1,2 Millionen Euro im HH-Jahr 2008 steigen werden. Von einer gesunden Finanzlage kann also kaum gesprochen werden.

Drittens. Es ist nicht zu verkennen, dass sich nach 2006 und 2007 auch im nächsten Jahr die Anzeichen für eine Konjunkturbelebung im Haushalt niederschlagen. Höhere Gewerbesteuer-einnahmen und mehr Mittel infolge verbesserter Arbeitsmarktsituation führen zu mehr Einnahmen. Das ist gut so. Aber das bringt noch keineswegs die lang erwartete Wende. Um so weniger ist zu verstehen, dass das Land 47 Millionen Euro aus der den Städten und Gemeinden zustehenden Schlüsselmasse zurückhält. **Die der Stadt Püttlingen in 2008 zufließenden Schlüsselzuweisungen (ca. 7,65 Mio) könnten um etwa 800.000 Euro höher sein, wenn sich das Land nicht an kommunalen Mitteln vergreifen würde.**

DKP stimmt für Erweiterung der Abbaufäche Schmeer am Dickenberg:

Entscheidend ist, dass später renaturiert wird, wo jetzt die Bäume verschwinden

Das Püttlinger Unternehmen Schmeer möchte seine Abbaufäche erweitern, um auch künftig Sand und Kies liefern zu können und damit langfristig die Existenz des Betriebes zu sichern. Der Stadtrat hat bereits im Juli der Einleitung eines entsprechenden Verfahrens zugestimmt. In der Einwohnerfragestunde vor der Ratssitzung am 13. Dezember spielte das Thema Sandgrube nun eine Rolle. Gleich zwei Ritterstraße Bürger brachten ihre Bedenken zum Ausdruck. Der DKP-Sprecher sah sich zu einigen Anmerkungen veranlasst.

Zunächst erinnerte Franz Hertel daran, dass überall, wo Baumaßnahmen unterschiedlichster Art vorgenommen werden, auch Sand und Kies gebraucht werden. Kein bauwilliger Bürger könne verstehen, wenn in Püttlingen plötzlich diese Baustoffe nicht mehr zu haben wären und von weither angefahren werden müssten. Zu bedenken sei auch, dass - egal wo abgebaut wird - immer ein Eingriff in die Natur notwendig ist.

Solche Eingriffe sind aber vertretbar, so der DKP-Sprecher, wenn die Eingriffe in das ökologische Gefüge auf ein Mindestmaß beschränkt und mit sinnvollen Ausgleichsmaßnahmen verbunden werden.

Franz Hertel: „Es stimmt, dass Bäume gerodet und kurze Waldwege verlegt

werden müssen, dennoch ist damit keineswegs das ganze Erholungsgebiet in Frage gestellt. Mit kleinen Einschränkungen können die Ritterstraße auch künftig ihre Spaziergänge bis zum Dickenberg absolvieren. Hinzu kommt, dass mit der Firma Schmeer bisher gute Erfahrungen gesammelt wurden, was den umweltschonenden Abbau betrifft. Nicht umsonst ist das Unternehmen dieses Jahr für seine nachhaltigen Bemühungen um die Ökologie mit einem ersten Preis des Bundesumweltministeriums ausgezeichnet worden.“

Die DKP wollte mit ihren Anmerkungen klargestellt wissen, dass es nicht darum geht, ob weiter abgebaut werden darf, sondern nur um die Frage, dass dort wo jetzt Bäume verschwinden spä-

Fußballverein 08 Püttlingen hat große Pläne für dieses Jahr:

Hundertjähriges Bestehen wird gefeiert

Im Rahmen eines Neujahrsempfanges hat der FV 08 Püttlingen drei Dutzend Mitglieder für 25-jährige Zugehörigkeit zum Verein geehrt. Ehrenvorsitzender Dieter Thinner (im Foto rechts) und Vorsitzender Ewald Raubuch überreichten die Urkunden, sie sprachen den Kameraden Dank und Anerkennung für ihre Treue zum Verein aus.

Diese Mitgliederehrung war quasi der Start ins Jubiläumsjahr des traditionsreichen Vereins. Er besteht nun einhundert Jahre und hat sich in dieser Zeit große Verdienste um den Sport, vor allem aber um die Betreuung junger Menschen erworben.

Erster Höhepunkt der Veranstaltungen zum Jubiläum ist am 20. April, wo ein ökumenischer Gottesdienst stattfindet, dem sich ein Festakt anschließt.

„Tage der Jugend“ sind am 7. & 8. Juni. Weitere Termine folgen, bevor vom 9. bis 14. September eine Festwoche mit Zeltbetrieb auf dem Programm steht.

Während der Festwoche sorgen eine Veranstaltung der Jugendabteilung, eine der AH-Abteilung, ein Kinderfest und das bereits klassische Sport- und Waldfest dafür, dass der FV 08 im Blickpunkt des Geschehens bleibt.



Vorankündigung:

Früh- **DKP** Linksfest 2008

Samstag, 7. Juni - ab 14 Uhr
Fischerhütte im Kesselfeld

ter wieder renaturiert wird. Dafür sind die notwendigen Vereinbarungen getroffen worden!

Wenn man sich einmal umsieht, wie auf ehemals gewerblich genutzten Arealen schon nach wenigen Jahren neue Waldflächen entstehen, wenn man mit eigenen Augen erlebt, wie sich die Natur ihre Entwicklungsräume zurückerobert, dann braucht man nicht bange zu sein, dass eines Tages auch die Eingriffe auf dem Dickenberg geheilt werden.

Der EVS ist unersättlich:

Neue Abzockerei bei Müll und Abwasser geplant

Die Müllgebühren sollen rückwirkend zum 1. Januar um acht Prozent erhöht werden, weiter acht Prozent sollen Anfang des nächsten Jahres folgen. Also insgesamt 16 Prozent Mehrkosten für die Verbraucher. Hinzu kommen soll eine Anhebung der Kanalgebühren um 5,5 Prozent. So will es der Entsorgungverband Saar (EVS), der wegen jahrelanger verfehlter Wirtschafts- und Planungspolitik nur noch die weitere Belastung der Bürger als „Ausweg“ sieht. Dieses Vorgehen stinkt zum Himmel und sollte von den Verbrauchern entschieden zurückgewiesen werden.